

## Bonn will kambodschanische Flüchtlinge abschieben

Das Auswärtige Amt (AA) befürwortet die Abschiebung kambodschanischer Asylbewerber, die nach der Öffnung der Berliner Mauer aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland geflüchtet waren. So heißt es in einem Gutachten der Bundesregierung vom 18. Juli 1994: "Der in der früheren DDR ausgebildete Generalsekretär des kambodschanischen Außenministeriums Dr. Chem" habe auf Anfrage mitgeteilt, "daß kein rückkehrwilliger Kambodschaner wegen 'Republikflucht' (diese Republik gibt es nicht mehr) oder Bruchs eines Ausbildungsvertrags strafrechtlich verfolgt werde: Kambodscha wirbt vielmehr um jeden Auslandskambodschaner, um seine Ausbildung dem Wiederaufbau nutzbar zu machen." Zwar gelte, so das AA, "formell das unter der Volksrepublik Kambodscha geschaffene Strafrecht, doch wird dieses nur – nach für die [deutsche] Botschaft im einzelnen nicht nachvollziehbaren Grundsätzen – selektiv angewandt". Gleichwohl halte das AA weitere Nachforschungen wegen der Zusicherung von Dr. Chem nicht für notwendig.

Viele der kambodschanischen Asylbewerber hatten im Verlauf des Herbstes 1989 in Leipzig und Berlin an Versammlungen teilgenommen, auf denen sie in Anwesenheit des kambodschanischen Botschafters die Einführung demokratischer Verhältnisse und die Wahrung elementarer Menschenrechte in ihrem Heimatland forderten. In Kambodscha erstellte das Außenministerium Hun Sens bereits eine "schwarze Liste" der in der DDR und Osteuropa studierenden regimerekritischen Studenten.

Die Asylanträge der Kambodschaner blieben nach der Vereinigung Deutschlands zunächst unbearbeitet. Erst seit Ende 1993 beschäftigen sich die bundesdeutschen Gerichte etwas zügiger mit der Aufarbeitung dieser Fälle. Unabhängige Gutachter verweisen auf die ungebrochene Kontinuität der Justiz- und Polizeiorgane auch nach den Wahlen im Mai 1993. Im Herbst 1993

waren mehrere aus Frankreich abgeschobene Kambodschaner im Polizeigefängnis "Pitschi" in Phnom Penh inhaftiert. Generell erfolgt eine Erfassung aller über den Flughafen Pochentong heimkehrenden Kambodschaner. Wer sich im wehrfähigen Alter befindet, wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zur Armee eingezogen und an der Front gegen Khmer Rouge eingesetzt. Angesichts der verschärften Konfrontationspolitik der Regierung Hun Sen/Ranariddh auch gegen Kritiker in den eigenen Reihen (siehe den erzwungenen Rücktritt der Minister Sam Rainsy und Norodom Sirivudh) ist es fraglich, ob die Forderung nach einer generellen Abschiebung kambodschanischer Asylbewerber, wie sie die Bundesregierung offenbar erhebt, mit der Lage der Menschenrechte im "Königreich Kambodscha" in Einklang zu bringen ist.

*vgl. Schreiben des AA (Az.: 514-516/17042) an den 24. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes*

## Sam Rainsy und Sirivudh zurückgetreten

Am 20. Oktober billigte die kambodschanische Nationalversammlung mit großer Mehrheit die Umbildung der Regierung. In geheimer Abstimmung votierten von 108 anwesenden Abgeordneten 90 für die Kabinettsumbildung, 13 stimmten dagegen. Das prominenteste "Opfer" war Finanzminister Sam Rainsy, Mitglied der royalistischen Funcinpec. Sam Rainsy war in seiner 16monatigen Amtszeit überaus erfolgreich in der Bekämpfung der Inflation und bei der Öffnung des Landes für ausländische Investitionen. Er wurde nicht nur von westlichen Finanzexperten wegen seiner hervorragenden Fachkompetenz geschätzt, sondern besaß auch in der kambodschanischen Bevölkerung eine außerordentliche Popularität. In Meinungsumfragen galt er als der mit Abstand beliebteste Politiker Kambodschas, weit vor den Ministerpräsidenten Hun Sen und Norodom Ranariddh.

Als wesentlicher Grund für die Ablösung Sam Rainsys wird dessen Anti-Korruptions-

kampagne gesehen, die dem Minister zwar die Wertschätzung der Bevölkerung, insbesondere in Phnom Penh einbrachte, mit der er aber auch den Haß zahlreicher Kabinettskollegen auf sich zog. Als er Anfang Juli zusammen mit 16 anderen Abgeordneten der Funcinpec Bedenken gegen die Illegalisierung der Khmer Rouge (KR) vortrug, schien seine Entfernung aus dem Kabinett nur noch eine Frage der Zeit. Aus Solidarität mit dem ihm politisch eng verbundenen Rainsy trat auch Sirivudh zurück. Sirivudh und Rainsy führen eine mit Ranariddh verfeindete Fraktion innerhalb der Funcinpec an, die auf Distanz zu Hun Sen und Chea Sims "Volkspartei" geht und eine nationale Versöhnung unter Einschluß der KR fordert. Ihre Entfernung aus der Regierung vergrößert die Risse innerhalb der Funcinpec und hat gleichzeitig das Übergewicht der Volkspartei weiter gestärkt.

Der Nachfolger Sam Rainsys im Amt des Finanzministers, Kiet Chhon, gilt als fähiger Technokrat, der die bisherige Finanz- und Wirtschaftspolitik fortzuführen versprach. Der 60jährige Kiet Chhon ist ein in Frankreich ausgebildeter Atomingenieur, der unter Sihanouk 1967–69 Industrieminister war. Nach dem Lon-Nol-Putsch schloß sich Kiet Chhon der FUNK an und war bis 1974 Mitglied der königlichen Exilregierung in Beijing. Seine Rolle während des Pol-Pot-Regimes (1975–1978) ist nicht genau zu klären. Nach der vietnamesischen Version tauchte er im Dezember 1979 als "Minister beim Präsidium des Ministerrats" des "Demokratischen Kampuchea" wieder auf. Kiet Chhon vertrat die KR auf internationalen Konferenzen und galt als enger Vertrauter Khieu Samphans. Ende 1983 verließ er zusammen mit Thiounn Mumm und anderen Intellektuellen die Bewegung. Er arbeitete später als Berater für die Weltbank und betrat Anfang der 90er Jahre als Mitglied der von ihm einst entschieden bekämpften pro-vietnamesischen "Volkspartei" die politische Bühne Kambodschas erneut.

*vgl. PPP 21.10.94; Press Release of Democratic Kampuchea 15.12.79*



Der mittlerweile zurückgetretene kambodschanische Finanzminister Sam Rainsy am 24. Juli 1994 mit seinem französischen Amtskollegen Edmond Alphandery beim Besuch der Tempelanlage von Angkor

aus: PPP v. 29.7.1994, S. 13

## Geiseln getötet, Geiselnahmer befördert

Die im Juli bei einem Zugüberfall von Khmer-Rouge-Kämpfern (KR) entführten drei Touristen aus Australien, Frankreich und den USA sind Ende September getötet worden. Diplomaten nehmen an, daß sie von den KR kurz nach Beginn einer Offensive der Regierungarmee exekutiert wurden, bei der viele Dorfbewohner in dem KR-Stützpunkt ums Leben kamen. Die Geiseln hätten für die KR keine Schutzfunktion mehr gehabt. Die Regierungen Australiens, Frankreichs und der USA hatten sich gegen einen Militärangriff auf den Aufenthaltsort der Gefangenen ausgesprochen, weil das Leben der Geiseln gefährdet sowie Verhandlungen mit den KR erschwert würden.

Phnom Penh hofft nach der Tötung der Geiseln auf verstärkte Militärhilfe westlicher Länder gegen die "internationalen Terroristen" (Hun Sen) der KR. Insbesondere Australien ist jedoch verstimmt, weil gegen den Kommandeur der Geiselnahme keine Anklage erhoben werden soll: Colonel

Chhouk Rin wurde nach seinem Überlaufen von den KR zur Regierungsarmee sogar befördert, - ein klarer Verstoß gegen die von Phnom Penh unterzeichnete Genfer Konvention, die eine Amnestie bei Geiselnahme nicht gestattet. Beobachter nehmen an, daß die Regierung nicht nur aus Dank für die Hilfe Chhouks bei der Eroberung von KR-Gebieten handelt, sondern um die Verwicklung der eigenen Armee in die Geiselaffäre zu verschleiern.

Das Geiseldrama hatte ursprünglich als gemeinschaftlicher Banditenakt örtlicher Regierungs- und KR-Soldaten begonnen (vgl. SOAI 3/94). Die KR hatten zuletzt für die Freilassung der Geiseln nicht mehr die Einstellungen der Militärhilfe an das Regime in Phnom Penh gefordert, sondern 150.000 US-Dollar in Gold. Die Geiseln konnten während der Gefangenschaft Interviews geben und wurden offensichtlich auch mit Medikamenten versorgt. Ein angeblich von Pol Pot unterzeichneter Brief an KR-Ge-

neral Nou Paet unterstreicht, daß die Geiseln eine wichtige diplomatische und militärische "Waffe" für die KR darstellten. (vgl. PPP 4.11; FEER 10.11.; SZ 28.10.; AW 2.11.94)

## Zivilisten schildern Leben im KR-Gebiet

Zivilisten, die jahrelang unter KR-General Noum Paet in Dörfern auf dem Berg Phnom Vour in der Provinz Kampot lebten, berichteten von ihrem bisherigen Leben. Sie hatten sich infolge ganztägigen Artilleriebeschusses den Regierungstruppen Ende Oktober ergeben müssen, nachdem sie seit Anfang der 70er Jahre unter KR-Verwaltung gelebt hatten. Die meisten Familien hatten den Berichten zufolge Fernseher, Radio und Cassettengeräte, die von Kambodschanern aus anderen Gebieten in die Dörfer gebracht worden waren. Einer der Befragten gab an, mit seiner Familie vierzehn Jahre ein friedliches Landleben geführt zu haben, ohne jemals einen Waffendienst leisten zu müssen. Das angebaute Obst und Gemüse sei an Kambodschaner verkauft worden, die aus den von Phnom Penh verwalteten Gebieten zu den kleinen, einfachen Märkten auf dem Berg gekommen seien. In den Läden habe es Schuhe, Batterien, Gewürze, Fisch, Zigaretten u.a.m. gegeben.

(vgl. PPP 4.11.94)

## Plan für Armeereform

Ein von Australien, Frankreich und den USA gebilligter Reformplan für die Armee Phnom Penhs sieht eine Verringerung der Truppenstärke von 130.000 auf 70.000 Mann sowie der Zahl der Generäle von 2.000 auf 100 vor. Acht Offiziere, deren Beteiligung an Folterungen und an über fünfzig Morden in der Provinz Battambang bekannt geworden ist (vgl. SOAI 3/94), sollen im Dienst bleiben. Manche wurden befördert. Die Militärhilfe der drei westlichen Länder besteht zur Zeit vor allem in Ausbildung und Beratung.

(vgl. FEER 10.11.94)

## Kurzmeldungen

Nach der Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes am 22. September befürchten vietnamesische Siedler ihre Vertreibung aus Kambodscha. Das bei nur einer Gegenstimme gebilligte Gesetz erlaubt die Ausweisung aller unerwünschten "Ausländer". Ein zur Definition der Betroffenen nötiges Staatsbürgerschaftsrecht fehlt. (FEER 13.10.94)

Nach einer Einschätzung in einem Geheimbericht des bisherigen Botschafters Australiens sind Ranariddh und Hun Sen zur Führung Kambodschas unfähig, "sogar wenn sie im Land sind". Die Ministerien arbeiteten kaum, die Korruption reiche bis in höchste Regierungsränge. Dennoch, so John Holloway, müsse Australien das Regime unterstützen. (FEER 20.10.94)

Zwanzig Jahre Haftstrafe für die Putschisten verhängte ein Militärgericht in Abwesenheit gegen Prinz Chakrapong und Sing Song, die Führer des angeblichen Putschversuchs im Juli. (FEER 17.11.94)

Hun Sen könnte schon bald eine neue Partei gründen. Beobachter in Phnom Penh berichten, daß die CPP immer mehr unter Kontrolle von Chea Sim und seinem Schwager Sar Kheng stehe, während Hun Sen die Schwächung der Partei durch Ermittlungen nach dem Putschversuch im Juli vorgeworfen werde. (FEER 15.9.94)

König Sihanouk warnt vor Reisen nach Kambodscha. Angesichts der Ermordung der drei Touristen sagte er, daß das Land nach wie vor im Kriegszustand sei. (SZ 3.11.94)

Der Journalist Non Chan, Kritiker der Korruption und des Militärs, wurde im September erschossen aufgefunden. Premier Ranariddh hat die Ermittlungen stoppen lassen, nachdem es Hinweise auf die Verwicklung hoher Regierungsmitarbeiter gab. (PPP 4.11.94)

## FORUM entwicklungs-pol. Aktionsgruppen

Heft 6 DM, Doppelheft 9 DM  
MiniAbo 15 DM  
(+ Porto, gegen Rechnung)  
JahresAbo 50  
Soli-/InstitutionenAbo 70 DM  
FörderAbo ab 100 DM

### Schwerpunktt Themen:

- 178 Organtransplantation/-handel
- 179 Zukunft der Soli-Bewegung
- 180 Israel-Palästina-Antisemitismus
- 181/82 Unterm Geier - Die BRD auf dem Weg zur Weltmacht?
- 185/86 Frauen - drinnen und draußen
- 187 Si por Cuba!?

Redaktion FORUM  
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen  
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177  
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM  
BLZ 200 100 20  
Konto 66 69-209